



# Sicherheit und Risiko

Für eine neue Balance der Koordinaten

von Herfried Münkler

»Die Erhöhung der Sicherheit hat ihren Preis, und der kann sowohl im Verzicht auf Konsum als auch in der Einschränkung von Freiheitsspielräumen bestehen.«

Im Allgemeinen werden Sicherheit und Risiko als objektive Begriffe behandelt: Was in ihnen zum Ausdruck gebracht wird, ist messbar und somit objektivierbar. Für die Sicherheit von Gebäuden und technischen Konstruktionen gibt es ingenieurwissenschaftliche Standards, und auch Risiken, wie etwa bestimmte Erkrankungen oder Unfälle, sind statistisch berechenbar. Nur wenn Sicherheit standardisiert ist und Risiken berechnet werden können, sind letztere versicherbar. Das System der Versicherungen ist – neben den staatlichen Arrangements, die der Herstellung innerer wie äußerer Sicherheit dienen – der flexible Rückhalt, den moderne Gesellschaften aufgebaut haben, um mit den die Modernisierung begleitenden Risiken und den ständig wachsenden Sicherheitserwartungen der Bürger umgehen zu können.

## Sicherheit und Risiko als Kategorien gesellschaftlicher Selbstreflexion

Aber die Objektivität beider Begriffe hängt an Rahmenbedingungen, die sich die Gesellschaften selber gegeben haben und die keineswegs »von Natur« vorhanden sind. Im Prinzip sind Sicherheit und Risiko nämlich Kategorien gesellschaftlicher Selbstbeobachtung und Selbstreflexion: Wieviel Absicherung gegen Gefahren und Bedrohungen halten Gesellschaften für erforderlich und in welchem Maße sind sie in der Lage und willens, gesellschaft-

lichen Reichtum in Vorkehrungen für ihre Sicherheit zu investieren? Die Erhöhung der Sicherheit hat ihren Preis, und der kann sowohl im Verzicht auf Konsum als auch in der Einschränkung von Freiheitsspielräumen bestehen. Wer seine Sicherheit angesichts der Unwägbarkeiten des Alters erhöhen will, muss in den Jahrzehnten zuvor Konsumverzicht leisten, und wer sein Sicherheitsempfinden angesichts krimineller wie terroristischer Bedrohungen erhöhen will, wird dies mit Einschränkungen der informationellen Selbstbestimmung und einer Ausweitung staatlicher Einblicke in die Privatsphäre begleichen müssen.

Im Prinzip handeln Gesellschaften das Verhältnis von Sicherheit und Risiko von Zeit zu Zeit neu aus, und in diesem Aushandlungsprozess sind auch die Verfassungsjuristen bloß ein, wenngleich gewichtiger Faktor. Solche Neuaushandlungen des Verhältnisses von Sicherheitsbedürfnis und Risikobereitschaft lassen sich durch Verfassungsgrundsätze zwar regulieren, aber nicht vermeiden oder überflüssig machen. Sie werden erforderlich, weil sich die Gefahrenlagen und Bedrohungsszenarien verändert haben, weil die Einstellungen der Menschen im Umgang mit Risiken variieren und nicht zuletzt weil neue Instrumente der Gefahrenprävention entwickelt worden sind. Angesichts dessen ist die Vorstellung, man könne das Verhältnis von Sicherheit und Risiko ein für allemal rechtlich fixieren,

*»Je mehr Sicherheit, desto weniger Freiheit; je mehr Freiheit, desto prekärer die Sicherheitslage.«*

entweder utopisch oder ultrakonservativ. Im Prinzip klären Gesellschaften bei diesen Neuaushandlungen nicht nur ihren Umgang mit Gefahren und Bedrohungen, sondern auch ihr Verhältnis zu sich selbst – im Alltag wie in Ausnahmesituationen. Und das kann man nicht allein den Verfassungsjuristen überlassen.

Bei diesen gesellschaftlichen Neuaushandlungen geht es freilich nicht nur um die Frage, wieviel Risikobereitschaft wir in unser Sicherheitsbedürfnis zu integrieren bereit sind, sondern auch um die anteilige Verteilung verpflichtender und freiwilliger Elemente bei der Herstellung von Sicherheit. Das betrifft nicht nur die Kranken- und Sozialversicherungen, sondern auch klassische Risikoversicherungen, wie die Brandkassen, bei denen ihre Immobilien zu versichern die Eigentümer verpflichtet sind, so wie auch die Halter von Fahrzeugen eine Haftpflichtversicherung abschließen müssen. Offenbar ist es der Gesellschaft zu riskant, bei den Risiken von Feuer, Sturm und Unfällen im Straßenverkehr auf Freiwilligkeit zu setzen. Die Beziehung zwischen Pflicht und Freiwilligkeit ist aber auch bei der äußeren Sicherheit von Bedeutung, etwa bei der Frage, ob man diese durch eine Wehrpflicht- oder eine Berufsarmee gewährleisten will. In Deutschland ist diese Frage zuletzt als eine der Wehrgerechtigkeit verhandelt worden. Die Ablösung der Sicherheits- durch die Gerechtigkeitspolitik ist ein Indikator dafür, dass Gefährdungen und Bedrohungen an Gewicht verloren haben.

### Liberalität und Solidarität

Die Verteilung zwischen freiwilligen und verpflichtenden Anteilen bei der Herstellung von Sicherheit zeigt aber auch die Liberalität von Gesellschaften. Die Größe der Spielräume, die hier der individuellen Lebensgestaltung eingeräumt werden, korrespondiert dem Ausmaß gesellschaftlicher Liberalität. Werden die Einzelnen hingegen in die Pflicht genommen oder gar gezwungen, einen namhaften Beitrag zur gesellschaftlichen Sicherheit zu leisten, und zwar ohne die damit verbundene Erwartung, dass ihnen dafür später vergleichbare Leistungen zurückerstattet werden, so wird von Solidarität gesprochen, ohne die eine Gesellschaft nicht auskommen könne. Auch hier geht es um Sicherheit und Risiko: Wieviel davon gemeinschaftlich und wie viel individuell zu tragen sind. Das Spannungsverhältnis zwischen Liberalität und Solidarität wird jedoch nicht nur diskursiv verhandelt, sondern darüber wird auch in Wahlakten und Koalitionsbildungen entschieden.

Die Beispiele, die sich noch vermehren ließen, zeigen, dass Sicherheit und Risiko bei genauerer Betrachtung alles andere als objektive Größen sind; vielmehr handelt es sich bei ihnen um Reflexionskategorien von Gesellschaften, in denen diese die Rahmenbedingung festlegen, innerhalb deren sich das Leben der ihnen Angehörigen abspielt. Dabei werden auch die Werte und Normen, die als gesellschaftlich verbindlich gelten, verschoben oder neu konturiert. Mit Blick auf das Span-

nungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit war dies nach den Anschlägen vom 11. September 2001 der Fall. Unter dem Eindruck der neuen Bedrohungen waren nunmehr starke Mehrheiten zu einer Einschränkung von Freiheitsrechten bereit, die sie früher vehement abgelehnt hätten. Es ist jedoch keineswegs so, dass Freiheit und Sicherheit eine einfache Alternative darstellten: Je mehr Sicherheit, desto weniger Freiheit; je mehr Freiheit, desto prekärer die Sicherheitslage. Tatsächlich kann niemand seine Freiheit nutzen, der nicht über ein Mindestmaß an Sicherheit verfügt. Einmal mehr gilt hier das Kompensationstheorem, das von dem Politikwissenschaftler Karl Deutsch einmal auf die griffige Formel gebracht wurde, dass ein Auto um so schneller fahren könne, je bessere Bremsen es habe. Eine radikal auf Kosten der Sicherheit erweiterte Freiheit ist wie das Rasen mit einem Auto ohne Bremsen. An die Stelle von Risikobewusstsein ist dann Leichtsinns und Unvernunft getreten, was zeigt, dass Risikobereitschaft keineswegs das bloße Gegenstück zum Sicherheitsbedürfnis darstellt. Vielmehr stehen beide in einem dynamischen Spannungsverhältnis zueinander: Man kann um so eher Risiken eingehen, je mehr Sicherheit man im Hintergrund hat. Das wussten schon jene spätmittelalterlichen Kaufleute, die den Anstoß zur Entwicklung der Seeversicherung als der ersten organisierten Assekuranz in Europa gaben. Wäre es nur darum gegangen, Risiken zu meiden, hätten sie sich bloß von der See fernhalten müssen.

*»Gesellschaften haben eine notorische Tendenz, Sicherheit zu maximieren und Risiken zu minimieren, weil sie keine Vorstellung von der Produktivität des Risikos und den Gefahren allumfassender Sicherheit haben.«*

Doch die verlockenden Gewinne, die im Seehandel zu erzielen waren, waren umstellt von Gefahren: Klippen und Stürme, Piraten und fehlendem Wind. Diese Gefahren in berechenbare Risiken zu transformieren, wurde die Versicherung erfunden; sie brachte also beides hervor: Sicherheit und Risiko.

#### **Tendenz vieler Gesellschaften: Maximale Sicherheit und minimales Risiko**

Freilich ist die Aufrechterhaltung und periodisch erfolgende Neujustierung dieses Spannungsverhältnisses alles andere als selbstverständlich. Gesellschaften haben eine notorische Tendenz, Sicherheit zu maximieren und Risiken zu minimieren, weil sie keine Vorstellung von der Produktivität des Risikos und den Gefahren allumfassender Sicherheit haben. Solange die Ausdehnung der Sicherheit durch eine noch weitgehend unbeherrschbare Natur blockiert war, hielten sich die Folgen dessen in Grenzen. Das hat sich mit einer im Verlauf der Neuzeit wachsenden Naturbeherrschung geändert. Inzwischen hat sich eine gesellschaftliche Entwicklungsrichtung zu immer mehr Sicherheit durchgesetzt. Was mehr Sicherheit schafft, ist politisch fast immer zustimmungsfähig. Zumindest in der OECD-Welt leben die Menschen in einer Sicherheit, wie sie frühere Generationen nicht zu erträumen gewagt hätten. Das Erstaunliche ist, dass parallel dazu das Unsicherheitsempfinden und das Bedürfnis nach mehr Sicherheit angewachsen sind. Populisten,

die damit politische Stimmung machen, wissen das nur zu genau. Gleichzeitig hat sich bei einem anderen Teil der Bevölkerung mit wachsender Sicherheit auch ein Gefühl der Langeweile eingestellt, die nach neuen Risiken Ausschau halten lässt: vom Abenteuerurlaub bis zum Extremsport. Das Eingehen von Risiken ist eine Abwechslung vom eintönigen Alltag, ein Mittel gegen die Langeweile – im Sport wie an der Börse. Es ist üblich geworden, den Umgang mit solchen Risiken in der Form von Spielen zu organisieren. So wird das Bedrohliche und Gefährliche zum Nervenkitzel domestiziert.

#### **Zu großes Risiko, zu wenig Sicherheit**

Politisch gefährlich wird das gesteigerte Sicherheitsbedürfnis dann, wenn es in eine regelrechte Sicherheitshypertrophie umschlägt. Es gibt Gesellschaften, die daran zugrunde gegangen sind, dass sie zu große Risiken eingegangen sind, politisch durch falsche Bündnisse oder militärische Expansion, vor allem aber in ökologischer Hinsicht, weil sie zu wenig auf die Lebensgrundlagen geachtet haben, auf die sie angewiesen waren. Es gibt aber auch Gesellschaften, die an einem Übermaß von Sicherheit und den damit verbundenen Kosten gescheitert sind. Die Gesellschaften des realexistierenden Sozialismus sind ein Beispiel dafür: Sie haben einen ungeheuren Aufwand für die Herstellung äußerer wie innerer Sicherheit betrieben, haben ihre Ordnung in Prävention gegen äußere Bedrohungen

durchgehend militarisiert und im Innern ihre Bürger bespitzelt und überwacht, um keinerlei Risiko einzugehen. Gleichzeitig haben sie zur Kompensation dieser Freiheitsrestriktion die sozialen Lebensrisiken minimiert und zuletzt ein so wohl nie wieder erreichbares Ausmaß an sozialer Sicherheit geboten. Das hat schließlich in den Staatsbankrott geführt. Der real existierende Sozialismus ist – auch – daran gescheitert, dass er allein auf Sicherheitsmaximierung gesetzt und eine gesellschaftliche Revitalisierung durch die Auseinandersetzung mit Risiken vermieden hat. Man muss sich dies immer wieder vor Augen führen, um eine Vorstellung von der Produktivität des Risikos zu bekommen.

*Prof. Dr. Herfried Münkler ist Professor für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin.*